

chemischer Waffen und die Vereinbarungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE). Ronald Reagan hatte diese Hoffnung bereits bei der Unterzeichnung des INF-Vertrages formuliert: „Wir können nur hoffen, dass dieses historische Abkommen keinen Schlusspunkt darstellt, sondern den Anfang einer Arbeitsbeziehung, die es uns erlaubt, die anderen dringenden Aufgaben anzugehen, die vor uns liegen: die strategischen Nuklearwaffen, die Kräftebalance der konventionellen Streitkräfte in Europa und die tragischen und destruktiven Regional Konflikte, die so viele Teile unseres Globus plagen.“

Die vertrauensbildende Wirkung des INF-Vertrages zeigte sich schon bald auch bei einem weiteren atomaren Abrüstungsschritt in Europa. 1991 kündigten Washington und Moskau an, einseitig und ohne Verhandlungen Tausende atomarer Kurzstreckenwaffen aus Europa und von ihren Kriegsschiffen abzuziehen. Dieser Abrüstungsschritt, die sogenannten „Präsidenteninitiativen“, ging noch deutlich über den INF-Vertrag hinaus. Heute unterhalten z.B. die USA nur noch etwa 150 Atomwaffen in Europa, nicht mehr etliche Tausend wie zu Zeiten des Kalten Krieges. Der INF-Vertrag erwies sich nicht nur als ein erster atomarer Abrüstungsschritt. Er leitete auch eine Trendwende zur Denuklearisierung der Sicherheitspolitik in Europa ein und führte zu einer weitgehenden Reduzierung der Rolle atomarer Waffen auf deren politische Funktion, Krieg zu verhindern.

Die Rückkehr des Misstrauens

Heute steht Europa wohl eine erneute Kehrtwende ins Haus. Auf die Denuklearisierung der Sicherheitspolitik in Europa könnte schon bald eine Renuklearisierung folgen. Denkbar ist sogar, dass der Schwerpunkt der Debatte wieder stärker darauf gelegt wird, glaubwürdig mit Nuklearwaffen Krieg führen zu können. Die Zahl der Kernwaffen in Europa könnte sogar wieder wachsen. Dem INF-Vertrag kommt dabei erneut eine wichtige Rolle zu.

Obwohl Russland und die USA bis zuletzt immer wieder beteuert haben, auch künftig am INF-Vertrag festhalten zu wollen, häufen sich die US-amerikanischen Vorwürfe, Russland verstoße gegen den Vertrag. Seit der Krim-Krise 2014 behaupten das nicht nur einzelne Konservative, sondern auch die US-Regierung. Moskau habe 2008 während der Präsidentschaft George W. Bushs ein landgestütztes Marschflugkörpersystem getestet, das aufgrund seiner Reichweite gegen den INF-Vertrag verstoße. Anfang 2017 kam der Vorwurf hinzu, die umstrittene Waffe werde bereits in kleinen Stückzahlen statio-

// Der INF-Vertrag: Zerstörte Waffen

Bezeichnung	Besitzer	Stückzahl
Pershing-II	USA	234
BGM 109 Gryphon	USA	443
Pershing Ia	USA	169
SS-20	UdSSR	654
SS-4	UdSSR	149
SS-5	UdSSR	6
SS-12	UdSSR	718
SS-23	UdSSR	239
SSC-X-4	UdSSR	80
Summe		2.692

Quelle: Joseph P. Harahan: On-Site Inspections under the INF-Treaty, Washington DC, GPO, 1993, S.106 und 111.

niert. Washington bezeichnete das System als SSC-8, wollte aber keine weiteren Details preisgeben. Man habe Moskau detaillierte Hinweise gegeben, um das strittige System zu identifizieren. Als Washington Ende November 2017 erstmals bekannt gab, zu dem System gehöre ein Marschflugkörper mit der russischen Bezeichnung 9M729, bestritt Russland, dass dieser Flugkörper den INF-Vertrag verletze und betonte noch einmal, man wolle am INF-Vertrag festhalten.

Für die Öffentlichkeit und sogar für etliche NATO-Staaten sind die Anschuldigungen bislang nicht eindeutig nachvollziehbar. Unklar ist zum Beispiel, welches Startfahrzeug für diesen Marschflugkörper verwendet wird und damit zu der Vertragsverletzung führt. Da Washington keine weiteren Beweise vorlegen will, kann man den US-Vorwurf letztlich nur glauben, ihn aber nicht überprüfen.

Die US-Republikaner planen zudem einen zweiten substantiellen Vorwurf: Dabei geht es um eine ballistische Rakete, die Russland entwickelt, die als SS-X-31 oder RS-26 „Rubesch“ bezeichnet wird. Der zweistufige Flugkörper wurde zunächst über eine strategische Entfernung von 5.800 km getestet, danach aber mehrfach nur über Entfernungen von etwa 2.000 Kilometer. Aufgrund des ersten Tests wäre die Rakete normalerweise als Interkontinentalrakete einzustufen, die unter den Neuen START-Vertrag fällt und vor ihrer Stationierung vertragsgemäß US-Fachleuten vorgestellt werden muss. Eine solche Präsentation wurde von Russland zunächst auch angekündigt, dann aber mehrfach verschoben, ebenso wie die geplante Stationierung. Konservati-

ve Kräfte in Washington wollen nun eine Neubewertung dieses Flugkörpers als verbotene Mittelstreckenrakete durch den Nationalen Sicherheitsrat der USA erzwingen und haben dies im Haushaltsgesetz für 2018 festgeschrieben. Ihr Vorgehen ist trickreich: Sie wollen die Regierung Trump zwingen, die Rakete entweder als Mittelstreckenwaffe einzustufen oder auch dann als Verletzung des INF-Vertrages zu betrachten, wenn die US-Regierung keine definitive Moskauer Terminzusage für die Vorstellung als Interkontinentalrakete vorweisen kann. Warum Russland sich darauf einlassen sollte, sich den Termin für eine Vorführung der RS-26 durch den US-Kongress diktieren zu lassen, bleibt allerdings das Geheimnis der republikanischen Antragsteller. Ein weiterer substantieller Konfliktpunkt im Blick auf den INF-Vertrag wäre dennoch geschaffen.

Erwartungsgemäß ließen Moskauer Retourkutschen nicht lange auf sich warten. Den USA wird u.a. vorgeworfen, den INF-Vertrag durch die Stationierung von Raketenabwehrsystemen USA in Rumänien und Polen zu verletzen. Deren Flugkörperstartgeräte vom Typ MK 41 werden auch auf Schiffen für den Start von seegestützten Marschflugkörpern vom Typ Tomahawk verwendet. Während die USA argumentieren, dass die Startgeräte an Land nicht zum Abschuss von Marschflugkörpern vorgesehen und geeignet sind, kontert Moskau, dies lasse sich von außen nicht zu unterscheiden.

Natürlich hat die Verschärfung der Debatte über den INF-Vertrag mit der Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Russland und dem Westen aufgrund der Krisen um die Ukraine zu tun. Sie wird zudem von dem innenpolitischen Streit in den USA über die Russland-Politik von US-Präsident Trump geprägt. Republikaner und Demokraten wetteifern, wer Russland kritischer sieht und konsequenter entgegentritt.

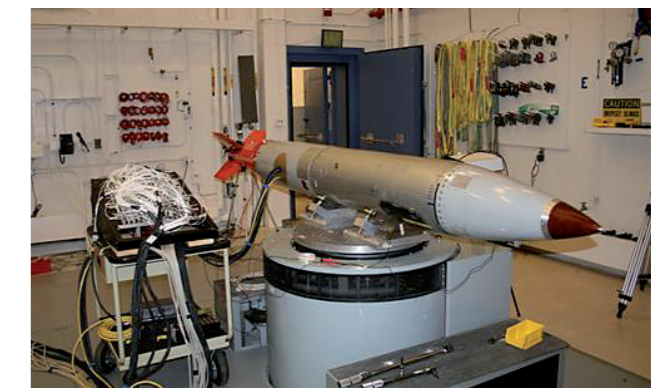
Renuklearisierung statt Denuklearisierung

Der Beginn dieser potentiell krisenhaften Entwicklung in der Nuklearpolitik liegt bereits etliche Jahre weiter zurück. 2009 weckte US-Präsident Barack Obama in Prag Hoffnungen auf eine Welt ohne Atomwaffen, sagte aber im gleichen Atemzug: „Täuschen Sie sich nicht: So lange es diese Waffen gibt, werden die Vereinigten Staaten ein sicheres und wirksames Arsenal zur Abschreckung potenzieller Feinde aufrechterhalten und die Verteidigung unserer Verbündeten garantieren.“

Ein Jahr später, 2010, veröffentlichte Obama mit dem Nuclear Posture Review ein Dokument, das eine umfassende Renovierung und Modernisierung des

gesamten Nuklearwaffenpotentials der USA vorsah. Alle atomaren Trägersysteme und fünf Atomsprengekopftypen sollten sukzessive modernisiert werden, damit die USA auch in der 2. Hälfte des 21. Jahrhunderts über ein leistungsfähiges, modernes Atomwaffenpotenzial verfügen würden. Obama sicherte sich mit diesem Modernisierungsversprechen die Zustimmung der Republikaner zur Ratifizierung des Neuen START-Vertrages über den weiteren Abbau strategischer Atomwaffen in Russland und den USA.

Er läutete damit aber auch eine Diskussion über die Modernisierung der US-Atomwaffen in Europa ein. Sein Plan sah vor, die bislang stationierten Atombomben der Typen B61-3 und B61-4 durch ein gemeinsames Nachfolgemodell, die B61-12 abzulösen.



Entwicklungsmodell der B61-12, Quelle: NNSA

Dieses Nachfolgemodell sollte keine freifallende Atombombe mehr sein, sondern eine lenkbare Gleitbombe, also eine deutlich zielgenauere Waffe. Das erlaubt einen Verzicht auf ältere Versionen mit höherer Sprengkraft. Es entspricht zugleich dem technologischen Trend einer schrittweisen Umrüstung des US-Atomwaffenpotentials zu mehr Kernwaffen mit kleineren Sprengköpfen, größerer Zielgenauigkeit und präziseren, variabler nutzbarer Zündmechanismen. Solche Nuklearwaffen gelten als besser einsetzbar, weil der ungewollte Nebenschaden begrenzter und damit die Hemmschwelle, sie tatsächlich zu nutzen, geringer ist. Die atomare Abschreckung – so die zugrundeliegende Logik der Befürworter einer solchen Entwicklung – wird umso wirksamer je glaubwürdiger mit den vorhandenen Waffen auch Krieg geführt werden kann. Ein Atomwaffeneinsatz wird wahrscheinlicher, wenn solche Waffen verfügbar sind, halten Kritiker dagegen.

Bald darauf signalisierte die NATO indirekt ihre Unterstützung für die US-Pläne. Sie erteilte Überlegungen eine Absage, die letzten US-Atomwaffen aus Europa abzuziehen. Weitere Schritte zur Abrüstung

strategischer Atomwaffen wurden zudem an die russische Bereitschaft gekoppelt, auch über eine Reduzierung noch vorhandener Bestände nicht-strategischer Atomwaffen zu verhandeln. Diese Verkopplung erwies sich – wie von Kritikern vorhergesagt – als gravierender Hemmschuh für weitere Fortschritte bei der atomaren Abrüstung. Russland wollte sich auf diese Bedingung nicht einlassen.

Neue Atomwaffen in Europa?

Anfang November 2017 sah sich Sigmar Gabriel, der amtierende deutsche Außenminister, zu einer ungewöhnlich deutlichen Warnung veranlasst. Er sagte der Bild am Sonntag: „Neue atomare Mittelstreckenraketen mitten in Europa – das ist leider mehr als wahrscheinlich“. Und dann fügte er noch hinzu: Europa sei gerade mit „der Zerstörung all der Erfolge bei Rüstungskontrolle und Abrüstung konfrontiert, die in den 80er und 90er Jahren erreicht wurden.“ Ist die Lage so dramatisch?

Sie könnte es sehr wohl sein. Anfang 2018 muss US-Präsident Trump dem Kongress seinen Nuclear Posture Review vorlegen. In diesem Bericht muss sich Trump auch zur Zukunft der atomaren US-Waffen in Europa äußern. Wird deren Rolle gestärkt? Kommt es zu einer Renuklearisierung der Sicherheitspolitik in Europa? Es darf als sicher gelten, dass auch die neue Administration an den Nuklearwaffen in Europa, deren Modernisierung und der Nuklearen Teilhabe in der NATO festhalten wird. Darüber hinaus kann es gut sein, dass die Modernisierungspläne Obamas den Republikanern nicht weit genug gehen. Erste Anzeichen dafür gibt es bereits.

Der US-Kongress hat in diesem Monat das Verteidigungshaushaltsgesetz für 2018 verabschiedet. Es autorisiert eine Studie, in der der Zeit- und Kos-

tenbedarf für Entwicklung und Bau eines mobilen, landgestütztes Marschflugkörpersystem mit einer Reichweite von bis zu 5.500 Kilometern untersucht werden soll. Ein solches US-Waffensystem würde den INF-Vertrag verletzen. Der US-Kongress versteht dies jedoch als legitime, militärische Gegenmaßnahme, falls Russland den INF-Vertrag weiterhin – wie von den USA behauptet – verletzt. Der US-Senat hatte sogar vorgeschlagen, dieses System explizit konventionell und nuklear auszulegen. In den USA sind zudem Forderungen laut geworden, wieder seegestützte, nukleare Marschflugkörper einzuführen, eine Waffenkategorie, auf die unter Barack Obama gerade erst endgültig verzichtet worden ist. Schließlich könnte auch eine weitere Idee aus der Endzeit des Kalten Krieges wiederbelebt werden: Die Bewaffnung von Jagdbombern der NATO-Länder mit weitreichenden, luftgestützten atomaren Abstandswaffen. Dieses Vorhaben könnte sich den Umstand zunutze machen, dass luft- und seegestützte Flugkörper durch den INF-Vertrag – damals auf Wunsch der USA – nicht verboten wurden.

Und die atomare Abrüstung? Der Streit darüber, wer wie den INF-Vertrag verletzt, erweckt den Eindruck, dass das Scheitern dieses Abkommens von beiden Seiten bereits erwartet wird. Es scheint, als gehe es schon jetzt vor allem darum, wer am Ende den „Schwarzen Peter“ in der Hand hält. Wer trägt die Schuld, wenn der INF-Vertrag aufgegeben und auch der Neue START-Vertrag 2021 auslaufen sollte, weil er nicht rechtzeitig um fünf Jahre verlängert wurde? Diese bedenklichen Entwicklungen überschatten den 30. Geburtstag des INF-Vertrages. Eine Renuklearisierung der Sicherheitspolitik in Europa und eine Abkehr von der Rüstungskontrolle als zentraler Teil der NATO-Sicherheitspolitik wird immer wahrscheinlicher.

Nachrüstung 2.0



30 Jahre nach dem INF-Vertrag – Ein Déjà vu?
Otfried Nassauer

Startfahrzeug für US-Marschflugkörper (1987)
Photo: Staff Sgt. Scott Stewart (USAF)

Geburtstage sind ein Grund zum Feiern, runde Geburtstage allemal. Am 8. Dezember 2017 hatte der erste atomare Abrüstungsvertrag der Geschichte, der Vertrag über atomare Mittelstreckenwaffen (INF-Vertrag), seinen 30. Geburtstag. Gefeierte wurde jedoch nicht. Im Gegenteil: Die Eltern des Geburtstagskinds, die atomaren Supermächte USA und Russland, überhäufte sich gegenseitig mit Vorwürfen, den Vertrag zu verletzen, stellten ihre politische Beziehungskrise zur Schau und spielten eine Runde „Schwarzer Peter“: Wer ist schuld, wenn der INF-Vertrag stirbt? Inzwischen ist es durchaus denkbar, dass es in Europa schon bald zu einer Renaissance nuklearer Waffen kommt. Selbst die Debatte über regional begrenzbare Atomwaffeneinsätze könnte wieder aufkeimen. Droht also eine neue nukleare Rüstungsrunde in Europa? Sigmar Gabriel, der deutsche Außenminister, befürchtet bereits „neue Mittelstreckenraketen mitten in Europa“ und sieht eine „Zerstörung“ vergangener Erfolge bei Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Abrüstung schafft Vertrauen – Der INF-Vertrag

Ein Blick zurück: Am 8. Dezember 1987 unterzeichneten Michail Gorbatschow, damals Generalsekretär der sowjetischen KPdSU, und Ronald Reagan, Präsident der USA, den INF-Vertrag. Sie beendeten den jahrelangen, erbitterten Streit um die sogenannte Nachrüstung bei den atomaren Mittelstreckenwaffen in Europa mit einer Null-Lösung für alle landgestützten Trägersysteme mit Reichweiten zwischen 500 und 5.500 Kilometern. Darunter fielen die umstrittenen Pershing- und SS-20-Raketen, aber auch landgestützte Marschflugkörper. Bis 1991 wurden rund 2.700 landgestützte Trägersysteme der USA und der UdSSR zerstört. Der Vertrag sah umfassende Überprüfungsmechanismen und Vor-Ort-Inspektionen vor. Die Unterzeichnerstaaten konnten sich

gegenseitig auf die Finger schauen und von der beiderseitigen Vertragstreue überzeugen. Das Abkommen verbot den Vertragsparteien zudem, künftig neue landgestützte Flugkörper dieser Reichweiten zu produzieren und aufzustellen, ganz gleich, ob diese für konventionelle oder atomare Sprengköpfe gedacht waren.

Die Verifikationsregeln machten zudem eine zweite Funktion dieses Abkommens deutlich. Der Vertrag und seine problemlose Umsetzung unter gegenseitiger Kontrolle stellten eine wichtige Transparenz- und vertrauensbildende Maßnahme dar. Zusammen mit dem Ende des Kalten Krieges erleichterte dies das Zustandekommen weiterer Abrüstungsabkommen in den Folgejahren: Die START-Verträge über die Reduzierung der strategischen Atomwaffen, den Vertrag über das Verbot

Die Diskussion über die künftige Rolle nuklearer Waffen in Europa wird sich im kommenden Jahr rasch weiter entwickeln. Auf der Internetseite www.bits.de können Sie in den kommenden Monate aktuelle Analysen zur weiteren Entwicklung unter <http://www.bits.de/frames/publibd.htm> verfolgen und wichtige Originalquellen unter <http://www.bits.de/main/npr2001.htm> einsehen.



Otfried Nassauer ist freier Journalist und leitet das Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit – BITS.

V.i.S.d.P.
Otfried Nassauer
BITS-Förderverein e.V. · Rykestr. 13 · 10405 Berlin
www.bits.de

© Alle Rechte vorbehalten. Dez. 2017

IN ZUSAMMENARBEIT MIT



Diese Publikation wurde realisiert mit Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin.